

## CDU fordert Rundts Rücktritt

Nächster Straftäter flieht aus Klinik

VON SIGRUN STOCK

**Hannover.** Zum wiederholten Mal innerhalb weniger Wochen ist ein verurteilter Straftäter aus dem Maßregelvollzug in Niedersachsen geflüchtet. Diesmal floh ein 32-Jähriger bei einem Ausgang zur Cafeteria seiner Klinik von dem Krankenhausgelände in Hildesheim. Der Mann war wegen schweren Raubes zu anderthalb Jahren Haft verurteilt worden. Weil er Drogen und Alkohol konsumierte, kam er aber im November 2013 zunächst in Therapie in den Maßregelvollzug, wie ein Sprecher des Sozialministeriums in Hannover sagte.

Erst vor einer Woche war in Northeim ein verurteilter Mörder aus dem Maßregelvollzug entkommen – der 39-Jährige war seinen Betreuern beim Heimweg von einer Therapie weggelaufen. „Der Mann ist noch nicht wieder gefasst“, sagte Ministeriumssprecher Uwe Hildebrandt. Am 9. Mai hatte ein Patient während eines Ausgangs aus dem Maßregelvollzug in Wunstorf eine 73-Jährige mit Messerstichen schwer verletzt. Kurz zuvor war bekannt geworden, dass ein wegen Vergewaltigung verurteilter 48 Jahre alter Patient im September vergangenen Jahres während eines unbegleiteten Ausgangs eine junge Frau getötet haben soll. Wegen dieser Fälle hat das zuständige Sozialministerium inzwischen Reformen beim Lockerungssystem im Maßregelvollzug eingeleitet.

Die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag forderte am Dienstag den Rücktritt von Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD). Fraktionschefin Thümler sagte: „Die erneute Flucht zeigt, wie berechtigt unsere Forderungen nach einem sichereren Maßregelvollzug sind. Immer wieder fliehen gefährliche Gewalttäter, ohne dass die verantwortliche Sozialministerin dieses Problem auch nur ansatzweise in den Griff bekommt.“

Diesmal hatte der 32-jährige Patient in Hildesheim kurz vor seiner Flucht von seinem Anwalt erfahren, dass er von der Klinik in ein Gefängnis verlegt werden sollte, wie der Sprecher des Sozialministeriums sagte. Den Klinik-Mitarbeitern sei zu dem Zeitpunkt nicht bekannt gewesen, dass der Mann ins Gefängnis verlegt werden sollte.

Der Ministeriumssprecher betonte, es werde an Reformen gearbeitet. „In diesem Fall ist ein ganz entscheidender Aspekt, zu schauen, woran es hier gelegen hat und das dann ganz schnell abzustellen.“ Nach den Plänen von Ministerin Rundt soll zunächst eine externe Forschungseinrichtung überprüfen, wo konkret Nachbesserungen beim Lockerungsmechanismus erforderlich sind. Außerdem soll eine neue juristische Prüfstelle bei Lockerungsentscheidungen für Straftäter beteiligt werden.

## Schwester von Kurti tot aufgefunden

**Munster.** Bei Munster ist ein toter Wolf gefunden worden. Nach Angaben des Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) befindet sich das Tier bereits im Leibnitz-Institut für Zoo und Wildtierforschung (IZW) in Berlin zur weiteren Untersuchung. Vermutlich sei die Wölfin schon vor mehreren Tagen an den Folgen einer ungelösten Bissverletzung verendet; es gebe keine Hinweise auf einen Verkehrsunfall. Das IZW habe mitgeteilt, dass die Wölfin kürzlich Welpen geboren hat. Weil das Tier ein Sendehalsband getragen habe, könne es sich um die Fähe FT 10 handeln. FT 10 ist eine Schwester des Rüden MT 6, der Ende April im Auftrag des Umweltministeriums getötet worden war. Der im Internet Kurti genannte Rüde war Ende April wegen seines auffälligen Verhaltens erschossen worden. Das Tier hatte sich immer wieder Menschen bis auf wenige Meter genähert. MT 6 wurde so zum bundesweit ersten Wolf, der seit Rückkehr der Tiere im staatlichen Auftrag erschossen wurde. PV

## Fehler in Rot-Kreuz-Rechnungen

**Delmenhorst.** Unregelmäßigkeiten in den Abrechnungen des Deutschen Roten Kreuz (DRK) sind jetzt im Landkreis Oldenburg publik geworden. Das DRK fährt in einigen Teilen des Landkreises den Rettungsdienst und erhält dafür von der Kommune rund zwei Millionen Euro im Jahr. In den Jahren 2013 und 2014 ist zu viel abgerechnet worden, bestätigte der Geschäftsführer des DRK im Landkreis, Michael Venzke, dem WESER-KURIER. Wie hoch der Schaden ist, sei allerdings noch nicht bekannt. Auch ob die Entlassung von Jürgen Vosteen als Geschäftsführer im Landkreis im Januar mit den Vorwürfen zusammenhängt, wollte Venzke nicht sagen. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg prüft derzeit, ob sie ein Verfahren eröffnen wird. AB

REDAKTION NIEDERSACHSEN  
Telefon 0421/36713500  
Fax 0421/36713501  
Mail: niedersachsen@weser-kurier.de

# Nahverkehr neu denken

Experten stellen in Bremen Zukunftskonzepte über Mobilität im ländlichen Raum vor

VON SILKE LOODEN

**Bremen.** Die Attraktivität des Landlebens wird in Zukunft mehr denn je von der Mobilität abhängen. Schon heute sind Kommunen erfinderisch, bieten Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxis als Alternative zum Individualverkehr mit dem Auto an. In Zukunft aber müssen diese Angebote besser vernetzt und um neue ergänzt werden. Das ist das Fazit eines Expertentreffens am Dienstag in Bremen. Der ADAC hatte dazu eingeladen und seine neue Studie zur Mobilitätssicherung im ländlichen Raum vorgestellt.

„Ein Patentrezept gibt es nicht“, sagte Christian Laberer vom ADAC. Die Nahverkehrskonzepte müssten sich der jeweiligen Region individuell anpassen. Angesichts des demografischen Wandels, so der Experte, bestehe dringender Handlungsbedarf. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) müsse flexibler werden, sich besser mit privaten und kommunalen Angeboten vernetzen. „Es reicht nicht, wenn drei Mal am Tag ein Bus fährt.“ Sonst passiere genau das, was die neue ADAC-Studie nun belege: Das Auto ist nach wie vor Verkehrsmittel Nummer eins auf dem Lande. Ältere Menschen, die nicht mehr fahren können, steigen nicht nur für Arztbesuche aufs Taxi um. Mehr und mehr setze sich aber auch das Ride-Sharing durch. „Die Menschen nutzen Mitfahrgelegenheiten, fahren nicht nur gemeinsam zur Arbeit, sondern auch zum Einkaufen“, so Laberer. Damit sich Mitfahrgelegenheiten nicht nur auf die Familie, Nachbarn und Freunde beschränken, käme es darauf an, Fahrer und Mitfahrer über das Internet zu verbinden. Noch aber seien Senioren nicht sehr internetaffin, nutzten eher das Telefon. Dem widersprach Dagmar Hirche, Vorstandsvorsitzende des Vereins „Wege aus der Einsamkeit“ in Hamburg: „Senioren sind sehr am Internet interessiert. Auf dem Lande fehlt es aber oft an schnellen Internet-Verbindungen.“

Christoph Gipp vom IGES Insitut in Berlin erklärte, was sich aus der Studie ableiten lässt. So sei der Nahverkehr nicht isoliert zu betrachten. „Supermärkte dürfen nicht nur auf der grünen Wiese entstehen.“ Senioren könnten nicht einmal in den Mittelzentren zu Fuß einkaufen, weil die Geschäfte längst

aus dem Ortskern verschwunden seien. „Die Bedarfsplanung geht an der Realität vorbei“, so Gipp. Es könne nicht sein, dass die rollende Arztpraxis anders als der rollende Supermarkt von standesrechtlichen Dingen ausgebremst werde. „Von diesen mobilen Angeboten wird es abhängen, wie lange Senioren sich selbst versorgen.“ Eine Alternative seien Multifunktionshäuser, in denen sich der Supermarkt, die Arztpraxis und die Apotheke unter einem Dach versammeln. Dorthin ließe sich dann auch der Nahverkehr gezielt lenken. „Wir müssen den Nahverkehr neu denken“, betonte Gipp.

### E-Carsharing ist eine Idee

Iris Hegemann vom Deutschen Tourismusverband plädierte für eine Vernetzung der touristischen und kommunalen Angebote. „Dort, wo Urlaubern günstige Nahverkehrsangebote über die Kurkarte gemacht werden, werden diese auch genutzt“, sagte sie. Vom Zuwachs der Fahrgäste profitiere auch die einheimische Bevölkerung, weil mehr Busse häufiger unterwegs seien. „Wir können durch neue Angebote eine Nachfrage stimulieren.“ Ideen wie das E-Carsharing seien hingegen nicht so leicht auf die Bürger vor Ort übertragbar. Derlei Angebote müssten von den Kommunen neu geschaffen werden, hätten ihrer Meinung aber durchaus eine Zukunft. Als Beispiel für das E-Carsharing nannte sie die „Nordseeeflitzer“. Nordsee-Urlauber können sich die E-Autos vor Ort ausleihen, Einheimische nicht.

Carsten Sommer von der Universität Kassel erklärte, dass es vor allem darauf ankomme, neue Angebote in die bestehende Infrastruktur zu integrieren, aber auch alte Denkweisen über Bord zu werfen. Schülerverkehre ließen sich besser als Linienvetehre nutzen, wenn es einen vernetzten Schulbeginn gebe. So, wie der Schulbusverkehr heute organisiert sei, sei er weder für Berufspendler noch für Senioren attraktiv. Darüber hinaus sollten Schnellbusse in die Oberzentren fahren, am besten mit WLAN an Bord. Auch eine Kombination von Personen- und Güterverkehren auf dem Land sei denkbar, erklärte Carsten Sommer, der verschiedene regionale Projekte vorstellte. Sommer betonte: „Wir müssen die Bürger einbinden.“

Kommentar Seite 2

## Das Land macht mobil

Niedersachsen fördert moderne Nahverkehrsprojekte



**Christoph Wilk** ist Abteilungsleiter Verkehr im Niedersächsischen Verkehrsministerium in Hannover. Der Ministerialdirigent setzt sich für eine bessere Vernetzung des Nahverkehrs ein.

**Frage: Was tut Niedersachsen, um die Mobilität auf dem Lande zu verbessern?**  
**Christoph Wilk:** Niedersachsen unterstützt die Schülerbeförderung und die Modernisierung der Busflotten. Dazu gehören auch flexible Angebote wie Bürgerbusse. Das Land reaktiviert stillgelegte Bahnstrecken und fördert die barrierefreie Gestaltung von Bahnhöfen und Haltestellen. Niedersachsen wird nicht nur eine landesweite zentrale Informations- und Servicestelle für Mobilität im ländlichen Raum einrichten, sondern auch auf regionaler Ebene die Einrichtung

und Fortentwicklung von Mobilitätszentralen unterstützen, in denen Informationen über alle bestehenden Angebote bereitgestellt werden. Allerdings: Das Auto wird auf absehbare Zeit das wichtigste Verkehrsmittel auf dem Lande bleiben.

### Welche Rolle spielt das Internet für die Mobilität auf dem Lande?

Das Internet ist als Informations- und Buchungsplattform für die verschiedenen Mobilitätsangebote von erheblicher Bedeutung. Die Landesregierung arbeitet intensiv am Breitbandausbau, damit auch Nutzer in ländlichen Regionen davon profitieren können. Ich bin optimistisch, dass auch die Älteren diesen Service mehr und mehr in Anspruch nehmen. Fahrplanauskunft und Ticketbuchung per Smartphone werden mittelfristig auch für Senioren zur Selbstverständlichkeit werden.

### Die Fragen stellte Silke Looden

## CDU fordert mehr Geld für schnelles Internet

Klausurtagung der Fraktion verabschiedet Bramscher Erklärung zur Stärkung der Wirtschaft

VON PETER MŁODOCH

**Bramsche-Braunschweig.** Die oppositionelle CDU sorgt sich um den Wirtschaftsstandort Niedersachsen, die regierende SPD warnt vor Verteilungskämpfen bei den Sozialleistungen. Mit unterschiedlichen Ausrichtungen gehen die beiden großen Landtagsfraktionen zunächst in die Kommunalwahl am 11. September, dann in die Landtagswahl, die voraussichtlich Anfang Januar 2018 stattfinden wird.

„Keiner soll hinten runterfallen, nur weil wir gerade eine Flüchtlingsbewegung haben“, gab Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) als Grundbotschaft ihrer Partei aus. Wer schlechter gestellt sei, solle keine Angst entwickeln müssen, noch weiter absteigen, erklärte die Ressortchefin am Dienstag während der dreitägigen Klausurtagung der SPD-Fraktion in Braunschweig. Dort diskutierten die 49 sozialdemokratischen Abgeordneten mit Experten über den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration von Migranten. Zum Programm gehörte auch der Besuch der Landesaufnahmebehörde für Flüchtlinge in Braunschweig. Ministerpräsident Stephan Weil gab hinter verschlossenen Türen seinen Genossen einen Überblick über die Vorhaben der rot-grünen Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode.

Knapp 200 Kilometer weiter westlich in Bramsche beschloss die 54-köpfige CDU-Fraktion zehn Forderungen für einen „wettbewerbsfähigen und attraktiven Wirtschafts-

standort im Herzen Europas“. Diese reichen von einem konsequenten Bürokratieabbau und einer umfassenden Aufgabenkritik der Landesverwaltung über Investitionen ins Verkehrsnetz und Datenautobahnen bis zu Förderung von Forschung und Entwicklung. Der Bürokratieabbau sei erforderlich, weil er Handwerk und Mittelstand belaste. In der Staatskanzlei müsse ein Normenkontrollrat angesiedelt werden, der sich jeden Bereich der Landesgesetzgebung und der Landesverwaltung anschauen und wo nötig ent-rümpeln solle.

„Niedersachsen wird von Rot-Grün weit unter Wert regiert“, kritisierte CDU-Frakti-



Sieht Niedersachsen unter Wert regiert: CDU-Fraktionschef Björn Thümler. FOTO: DPA



Wenn der Bus selten kommt: Nach Ansicht des ADAC muss der Öffentliche Personennahverkehr flexibler werden und sich besser mit anderen Angeboten vernetzen. FOTO: HANS-HENNING HASSELBERG

## Drama von Drage: Neue Zeugensuche

**Drage.** Knapp ein Jahr nach dem Verschwinden einer 43-Jährigen und ihrer zwölf Jahre alten Tochter aus Drage will die Polizei erneut im Fernsehen nach Zeugen suchen. Der Ex-Leiter der Sonderkommission ist am 29. Juni bei der Sendung „AktENZEICHEN XY... ungelöst“ zu Gast. Ende Juli war der 41 Jahre alte Familienvater ertrunken aus der Elbe geborgen worden, Mutter und Tochter werden noch immer vermisst. Die Polizei geht von einem Familiendrama aus. Bereits kurz nach dem Verschwinden war der Fall Thema bei „AktENZEICHEN XY“. Die Sonderkommission ist bereits aufgelöst worden, um den Fall kümmern sich künftig das zuständige Fachkommissariat, hieß es. DPA

## Stiftung Worpswede: Hans Ganten tritt ab

**Worpswede.** Er war 40 Jahre im Vorstand der Stiftung Worpswede, davon 25 Jahre als Vorsitzender. An diesem Mittwoch gibt Professor Hans Ganten im Rahmen einer Feierstunde im Kaffee Worpswede sein Amt ab. Der bald 79-jährige Jurist und Baurechtsexperte will künftig etwas kürzer treten. Die Stiftung Worpswede setzt sich seit Ende der 1950er-Jahre für den Erhalt und die Restaurierung alter Bausubstanz im Ort sowie für einen nachhaltigen Umgang mit den dortigen Flächen ein. Ausgangspunkt war seinerzeit der Stopp des Sandabbaus am Weyerberg. Daneben war sie maßgeblich am Erhalt des Niedersachsensteins beteiligt. DES